



AUSGABE 13 · 39. JAHRGANG · 14. WAHLPERIODE · 17.12.2008

Spaltung?

S. 3-5, 8

Spar-Streit

S. 6-7

Spektrum

S. 9-11

Spielräume

S. 13

Der innere Zusammenhalt unserer Gesellschaft: ein Thema für den Landtag. Der Schutz von Niedriglohngruppen, Sozialhilfeempfängern, Frauen und Kindern in Not bleibt auf der Agenda.

Wo steht Nordrhein-Westfalen finanzpolitisch? Steuereinnahmen, Schuldenabbau, Krisenbewältigung und Nachhaltigkeit werden von Regierung und Opposition unterschiedlich bewertet.

Kurz vor Weihnachten und Silvester: Ein Rückblick auf die Themen des parlamentarischen Jahres 2008 und ein Ausblick auf die politischen Herausforderungen des kommenden Jahres.

Mehr Freiheit und Verantwortung wollen die Grünen im Landtag den Kommunen in der Schulentwicklung zugestehen. Im Schulausschuss begrüßten Sachverständige den Vorschlag.



Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
„Politik muss klares Signal geben“	3
<i>Niedriglöhne: Sachverständige befürworten untere Lohngrenzen</i>	
Hartz IV: Zugang zur Rechtsberatung	4
<i>Drastischer Einschnitt oder sinnvolle Erfolgsprüfung?</i>	
Kinder besser schützen	5
<i>Diskussion über die Rolle von Staat und Familie</i>	
Haushaltskonsolidierung oder Rekordschulden?	6
<i>Widersprüchliche Rechenarten von Regierung und Opposition</i>	
„Schwierige Zeiten kommen auf uns zu“	7
<i>Unterschiedliche Ansichten zum Dritten Nachtragshaushalt 2008</i>	
Gewalt gegen Frauen bekämpfen	8
<i>Bedrückende Analyse – Debatte über konkrete Maßnahmen</i>	
Zwischen Konflikt und Konsens	9
<i>Rückblick und Ausblick der Fraktionsvorsitzenden</i>	
Der Landtag als Krisenmanager	10-11
<i>Abgeordnete erfüllen umfangreiches Pensum</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	12
Schulentwicklung vor Ort	13
<i>Wie viel Freiheit sollen die Kommunen erhalten?</i>	
Gesetzgebung	14-15
Aus den Fraktionen	16-17
„Die größte Gartenbauregion Europas schaffen“	18
<i>Gespräch mit Vertretern der Gartenbauverbände</i>	
Porträt: Marie-Luise Fasse (CDU)	19
Kirche und Landtag	19
Impressum	19
Meldungen	20

Wiederkehrende Rubriken sind in Blau gekennzeichnet.

In der Krise wachsen die Kräfte

Der Landtag Nordrhein-Westfalen beendet ein arbeitsreiches Jahr – und ein ereignisreiches dazu. Die Abgeordneten haben seit Januar an 30 Plenartagen und in zahllosen Sitzungen der 17 Fachausschüsse bislang 59 Gesetzentwürfe und 322 Anträge (davon 74 Entschließungsanträge und 11 Eilanträge) beraten und entschieden. Schon jetzt lautet daher die Bilanz: Der Souverän, das Volk, kann also mit dem Arbeitspensum seiner gewählten Vertreterinnen und Vertretern zufrieden sein.

Also alles „Friede, Freude, Eierkuchen“? Das wäre kein zutreffendes Bild von der Parlamentsarbeit des Landtags. Hier wird im besten Sinn um Lösungen gerungen. Probleme werden erkannt, Argumente herausgearbeitet und abgewogen, Mehrheiten organisiert und Entscheidungen getroffen. Und für diese müssen dann die Menschen gewonnen werden: Integration, Reform der Bildung und Erreichung der Bildungsziele, Klimaschutz und sogar der Kampf gegen krisenhafte Entwicklungen in der Wirtschaft – alles Themen dieses Jahres – gelingen nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger mitmachen, wenn sie das Leben, was den Zusammenhalt der Gesellschaft ausmacht.

STREIT UND ENTSCHEIDUNG

2008 war, dieser Schluss ist naheliegend, ein Jahr der Krisen. Es fing damit an, dass in Bochum durch den Rückzug von Nokia Tausende Menschen arbeitslos wurden. Was hat der Landtag, was hat die Landesregierung nicht alles versucht, um die finnischen Manager zum Einlenken zu bewegen – vergeblich. Dann die Landesbank WestLB, die als „Global Player“ Unsummen in den Sand gesetzt hat. Jetzt braucht sie Geld, um wieder auf die Beine zu kommen. Über Wochen und Monate hat der Landtag am „Rettungsschirm“ für die Bank mitgewirkt. Und einen dreistelligen Millionenbetrag erwartet schließlich Berlin als Beitrag des Landes zum Finanzmarktstabilisierungsfonds des Bundes. Mit Auswirkungen auf das Land und seinen Haushalt, der entsprechend ergänzt und überarbeitet werden muss. Als wäre das alles noch nicht genug, zeichnen sich dunkle Schatten am Konjunkturm Himmel ab.

Von allem ist eben auch NRW betroffen. Im neuen Jahr wird es im Parlament also wieder darum gehen, wer die besten Rezepte zum Krisenmanagement hat. Und wieder wird sich im Parlament zeigen, dass Krisen neue Kräfte wecken – im Kampf von Meinung und Gegenmeinung, von Regierungslager und Opposition, in demokratischem Streit und parlamentarischer Entscheidung. *jk/cw*

„Politik muss klares Signal geben“

Niedriglöhne: Sachverständige befürworten untere Lohngrenzen

10.12.2008 – „Nordrhein-Westfalen muss im Bund daraufhinwirken, dass der Ausbau von prekären Beschäftigungsformen und von Beschäftigung im Niedriglohnbereich gestoppt wird“, fordern die Grünen in einem Antrag (Drs. 14/6693). Die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten steige weiter an, während die Zahl der Menschen in regulären Beschäftigungsverhältnissen weiter zurückgehe, kritisiert die Fraktion. Sie fordert unter anderem einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Arbeitsverhältnisse ohne Branchentarifverträge. Zum Antrag der Grünen befragte der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) Sachverständige in öffentlicher Anhörung.

Der Niedriglohnsektor sei seit Mitte der 90er-Jahre beständig gewachsen, bestätigte Dr. Claudia Weinkopf (Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen). So hätten im Jahr 2006 rund 1,9 Millionen Menschen für einen Bruttostundenlohn von maximal 5 Euro gearbeitet. Derartig niedrige Löhne wären in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union undenkbar, meinte die Expertin im Ausschuss und verwies dabei auf die in vielen Staaten vorhandenen gesetzlichen Mindestlöhne. Eine Studie habe zudem gezeigt, dass sich die Schere zwischen geringen und höheren Verdiensten in den letzten zehn Jahren deutlich geöffnet habe. Die Sachverständige Maria Tschau (ver.di, Landesbezirk NRW) ergänzte, es seien vor allem Frauen von Niedriglöhnen betroffen. Diese Form der Beschäftigung nehme besonders im Dienstleistungsbereich, einer Branche mit traditionell hohem Frauenanteil, weiter zu. Auffällig sei auch, dass die Niedriglohnbeschäftigung immer mehr Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung betreffe: „Es findet so eine Verdrängung der Niedrigqualifizierten durch Beschäftigte

mit abgeschlossener Berufsausbildung statt“, erläuterte Tschau den Ausschussmitgliedern. Zudem reiche das mit diesen Beschäftigungsverhältnissen verbundene Einkommen nicht einmal aus, um den eigenen Lebensunterhalt zu finanzieren oder eine Familie damit zu versorgen, kritisierte die Sachverständige.

HANDLUNGSBEDARF

Prof. Dr. Johann Eekhoff (Universität Köln), betonte, über die Frage, was ein gerechter Lohn für eine Tätigkeit sei, ließe sich vortrefflich streiten. Für existenzsichernde Löhne seien die Arbeitgeber verantwortlich zu machen. Die Folgen der wachsenden Niedriglohnbeschäftigung zeigte Carmen Tietjen (DGB-Bezirk NRW) auf: Immer mehr erwerbstätige Menschen seien auf staatliche Hilfsleistungen angewiesen. Dies schließe auch Menschen in Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen ein. Im Jahr 2007 seien somit bundesweit rund 570.000 Menschen auf die sogenannte Aufstockung ihrer Löhne angewiesen gewesen. Dr. Frank Bauer (Bundesagentur für Arbeit) berichtete, seit

dem Jahr 2003 ließe sich vor allem ein Anstieg der Zeitarbeit und der befristeten Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland verzeichnen. Zwar böten die Maßnahmen Einstiegsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt und milderten damit die Folgen von Arbeitslosigkeit. „Jedoch führen sie auch zu einer dauerhaften Etablierung der atypischen Beschäftigungsverhältnisse und bieten den Betroffenen kein Sprungbrett in normale Beschäftigungsverhältnisse an“, so Bauer. Solche Übergangschancen gelte es zu schaffen, wobei insbesondere die Betriebe als Nutznießer der Einspareffekte in die Pflicht genommen werden müssten.

Zu den Ursachen der Veränderungen äußerte sich Dr. Claus Schäfer (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung): Diese seien weitgehend „hausgemacht“. So hätten zum Beispiel gesetzgeberische Eingriffe, aber auch deren Mangel ihren Beitrag zur steigenden Niedriglohnbeschäftigung geleistet, so Schäfer. Zusätzlich habe ein von Arbeitgeberseite vorangetriebenes Wegbrechen der Tarifvertragssysteme stattgefunden, so dass viele Beschäftigte heute ohne tariflichen Schutz auskommen müssten.

Einig waren sich die meisten der Sachverständigen hinsichtlich des Handlungsbedarfs: Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt rufe nach mehr staatlicher Regulierung und steuerlichen Eingriffen. Insbesondere forderten die Fachleute die Abschaffung der Mini- und Ein-Euro-Jobs. „Die Politik muss ein klares Signal geben, dass diese Beschäftigungsformen keine Möglichkeit sein dürfen, um Kosten zu sparen“, sagte Dr. Claudia Weinkopf. Auch eine Neuregulierung der Leiharbeit und der Arbeitszeit sowie eine generell stärkere Steuerfinanzierung von Sozialleistungen seien angebracht, meinten die Sachverständigen. Die Einhaltung sozialer Mindeststandards gelte es zu gewährleisten – zum Beispiel durch verbindliche Lohnuntergrenzen. *Marie Schwinning*

Präsidentin des niederländischen Parlaments im Landtag NRW

Die Präsidentin der Zweiten Kammer der Niederlande, Gerdi A. Verbeet, besuchte am 11. Dezember 2008 den Landtag Nordrhein-Westfalen. Themen waren unter anderem der Jugend-Landtag NRW sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Auf dem Bild (von rechts) Gerdi A. Verbeet im Gespräch mit Landtagspräsidentin Regina van Dinther sowie den Vizepräsidenten Edgar Moron und Oliver Keymis.

Foto: Schälte



Hartz IV: Zugang zur Rechtsberatung

Drastischer Einschnitt oder sinnvolle Erfolgsprüfung?

04.12.2008 – Wird Bürgerinnen und Bürgern, die Hartz IV beziehen, die gerichtliche Überprüfung ihrer Bescheide drastisch erschwert oder handelt es sich bei der geplanten Reform in diesem Bereich um eine Präzisierung des geltenden Rechts? Auf Antrag der SPD-Fraktion im Landtag (Drs. 14/7949) wurde diese Frage zum Thema im Plenum und die unterschiedlichen Auffassungen von Regierung und Opposition prallten aufeinander.

Günter Garbrecht (SPD) sah durch die Initiative der Landesregierung die Möglichkeit der Rechtswahrnehmung durch die sozial Schwächeren in der Gesellschaft eingeschränkt. Durch einen „Doppelschlag“ erschwere man den Zugang zum Rechtsweg und mache die Betroffenen faktisch rechtlos. Seine Bewertung: „Wer die Beratung der Arbeitslosenzentren abschafft und nun den Rechtsschutz für sozial Benachteiligte erschwert oder sogar faktisch unmöglich macht, handelt aus meiner Sicht nicht nur moralisch verwerflich, sondern zeigt auch ein zweifelhaftes Rechtsverständnis.“ Der SPD-Politiker forderte, fehlerfreie und verständliche Bescheide zu erlassen. Und er wandte sich dagegen, die Menschen, die Sozialleistungen beziehen, generell unter Missbrauchsverdacht zu stellen.

Harald Giebels (CDU) antwortete: Eine Bundesländer-Arbeitsgruppe, in der auch die SPD

vertreten war, sei Ausgangspunkt für den nun von der NRW-SPD kritisierten Gesetzentwurf gewesen. Diese Arbeitsgruppe habe Verwerfungen bei der praktischen Anwendung der Beratungshilfe vorgefunden. Heute werde selbst für Angelegenheiten geringsten Wertes Beratungshilfe gewährt, die aber in keinem angemessenen Verhältnis zum Zweck der Rechtsverfolgung stehe. Daher solle die Mittelverwendung vorab einer Wirtschaftlichkeitsprüfung unterzogen werden, genauso, wie dies jeder andere Bürger auch tun würde. Giebels: „Der von der SPD angesprochene Gesetzentwurf des Bundesrats enthält eben keine einschneidenden Verschlechterungen der Rechtsberatung für die SGB II-Leistungsbezieher.“

Dr. Robert Orth (FDP) verwies darauf, dass das Beratungshilfegesetz nicht nur für Beratungshilfe in Hartz-IV-Fällen, sondern für alle möglichen Fälle gelte. Hierfür seien 2004 rund 8,5 Millio-

nen Euro, 2005 13,5 Millionen Euro und 2007 19 Millionen Euro ausgegeben worden. „Wir als CDU/FDP-Regierung geben Jahr für Jahr wesentlich mehr für Beratungshilfe aus als Sie in Ihrer angeblich so sozialen Zeit“, so das Fazit des FDP-Politikers. Auch er verwies darauf, dass die SPD in der Mehrzahl der fünf Länder, die diese Initiative gestartet hätten, mitregiere. Es gehe darum, die Mittel des Staates für Verfahren und Klagen einzusetzen, die Aussicht auf Erfolg hätten. Wenn jemand bedürftig sei, dann bekomme er dafür auch in Zukunft Beratungshilfe, so der FDP-Politiker.

Monika Düker (Grüne) erklärte zwar die Bereitschaft der Grünen, den vorliegenden Antrag zu unterstützen, aber sie betonte gegenüber der SPD auch: „Es ist Ihre Justizministerin, die im Oktober dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur Änderung unter anderem des Beratungshilferechts in den Bundesrat eingebracht hat, der mehrheitlich im Bundesrat beschlossen wurde.“ Auch Düker kritisierte, dass ihrer Meinung nach sozial Schwachen Hürden beim Zugang zum Rechtsweg aufgebaut würden: „Aus unserer Sicht gefährdet dies den Rechtsschutz in der Gesellschaft und ist ein Schritt mehr dieser Regierung auf dem Weg in eine Zweiklassenjustiz.“ Man könne der Überlastung der Gerichte nicht mit Rechtsschutzabbau begegnen, sondern müsse mehr Richterinnen und Richter einstellen.

„Der Zugang zu professioneller Rechtsberatung muss für jeden Bürger unseres Landes gesichert sein“, erklärte Justizministerin **Roswitha Müller-Piepenkötter** (CDU). Die von der Mehrheit der Bundesländer mitgetragene Reform zielt auf eine Sicherung der korrekten Rechtsanwendung, nicht hingegen auf eine Verschärfung des Beratungshilferechts. Allerdings gehe es nicht an, jeden Bagatellfall zum Anlass zu nehmen, um auf Kosten des Steuerzahlers unentgeltlichen Rechtsrat einzuholen. Darüber hinaus sei zu prüfen, ob der Rechtsschutz des Betroffenen nicht schon auf andere Weise gesichert sei. Außerdem habe das nordrhein-westfälische Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Arbeitsagenturen aufgefordert sicherzustellen, dass ihre Beratungspflicht rechtskonform umgesetzt werde. *cw*

Der Antrag – Drs. 14/7949 – wurde an den Rechtsausschuss (federführend) sowie an den Sozialausschuss überwiesen.

Die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer in Schweden und Finnland ...



... war Thema eines Besuchs einer Delegation des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 16. bis 20. November in Stockholm und Helsinki (im Bild der Empfang beim Deutschen Botschafter Dr. Joachim Rücker, rechts neben dem Ausschussvorsitzenden Günter Garbrecht, SPD, 2. von links). Dabei ging es um die dortigen Reformen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere der Rentenversicherung. Beide Länder bieten spezielle Anreize, länger als bis zum Mindestrentenalter zu arbeiten, und konnten damit die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich erhöhen.

Foto: Hermann-Josef Huckert

Kinder besser schützen

Diskussion über die Rolle von Staat und Familie

03.12.2008 – Gewalt gegen Kinder bleibt ein aktuelles Thema, wie auch ein Antrag der Grünen (Drs. 14/7957) zeigt. Den Kinderschutz in NRW weiter zu verbessern, ist der Wunsch aller Fraktionen. SPD und Grüne insistieren dabei auf verbesserte Frühwarnsysteme und verbindliche Standards. CDU und FDP sehen das Anliegen „auf einem guten Weg“, betonen aber – neben dem staatlichen „Wächteramt“ – auch die Verantwortung von Familie und Gesellschaft.

Andrea Asch (Grüne) legte dar, dass der Antrag ihrer Fraktion Lösungsansätze aufgreife, auf die Fachleute in einer Anhörung zur Entwicklung eines Handlungskonzepts für besseren Kinderschutz hingewiesen hätten. Neben einem stärkeren Ausbau der Prävention müsse die Vielzahl der unterschiedlichen Frühwarnsysteme verbindlich und einheitlich gestaltet sowie eine zielgerichtete und fachliche Intervention in den betroffenen Familien gesichert werden. 80 Prozent der misshandelten und getöteten Kinder der letzten Jahre seien dem Jugendamt bereits zuvor bekannt gewesen. Daraus sei zum einen die Konsequenz zu ziehen, in allen Jugendämtern ein Fehlermanagement sowie geeignete Instrumente der Gefährdungseinschätzung zu entwickeln. Zum anderen müsse dafür auch ausreichend qualifiziertes Personal vorhanden sein.

Walter Kern (CDU) bestätigte, dass der Kinderschutz eine wichtige und ständige Aufgabe von Staat und Gesellschaft sei. Der Gründung eines Kompetenzzentrums für Kinderschutz – wie im Antrag der Grünen gefordert – bedürfe es allerdings nicht, da es dieses schon gebe. Der Kinderschutzbund NRW sei nicht nur ein kompetenter und breit aufgestellter Partner für den Kinder- und Jugendschutz in NRW, sondern habe auch bereits ein Kompetenzzentrum Kinderschutz gegründet, das am 1. August 2008 seine Arbeit aufgenommen habe. Die im Antrag der Grünen aufgestellten Forderungen seien bereits durch zahlreiche Projekte auf einem guten Weg. Dies sei vor allem das Ergebnis der kooperativen Arbeit der Kommunen und der Auswirkungen des Handlungskonzepts der Landesregierung zum wirksamen Kinderschutz.

Ingrid Hack (SPD) begrüßte ebenfalls die vorhandenen Initiativen im Bereich Kinderschutz. Vor allem im Bereich der Prävention gebe es aber weitere Verbesserungsmöglichkeiten. Aus Sicht der SPD müssten daher drei Instrumente zur Verbesserung des Kinderschutzes vorrangig eingesetzt werden: frühe Hilfen für Familien, der Ausbau der Kita-Betreuung sowie die Beseitigung von Armut, insbesondere von Kinderarmut. Zwar sei bei den „frühen Hilfen“ punktuell einiges zum Guten gewendet worden, dennoch fordere auch die Enquete-Kommission ihren

flächendeckenden Ausbau. Zu hinterfragen sei allerdings, ob der von den Grünen geforderte Rechtsanspruch auf frühe Hilfen ein geeignetes Instrument sei. Der Antrag sei jedenfalls eine erneute Anregung zum fraktionsübergreifenden Handeln.

Christian Lindner (FDP) kritisierte, die aktuelle Debatte über Risikomanagement, allgemeine Standards und Kompetenzzentren sei zwar richtig, aber nicht neu. Der entscheidende Punkt allerdings komme in Landtag und Öffentlichkeit zu kurz. Dies sei der Umstand, dass Missbrauch und Vernachlässigung nur dann möglich sei, wenn eine Gesellschaft die Augen verschließe. Man benötige eine Kultur des Hinsehens und keine technokratische Debatte über Einzelmaßnahmen, wie sie in manchen Vorreden und auch im Antrag der Grünen zutage getreten sei. Aus Sicht des FDP-Abgeordneten hätten die Koalitionsfraktionen bereits einen Handlungsrahmen auf den Weg gebracht, der nun nach und nach abgearbeitet werde. Über Details könne man jedoch reden und gegebenenfalls Einzelmaßnahmen hinzufügen.

Familienminister Armin Laschet (CDU) begrüßte, dass es das gemeinsame Anliegen aller Fraktionen sei, die Vorreiterrolle NRW im Bereich Kinderschutz zu sichern. Allerdings komme der Antrag der Grünen zum falschen Zeitpunkt: Zum einen gebe es bereits verbindliche Standards für einen wirksamen Kinderschutz, zum anderen befinde man sich in einem Evaluationsprozess, der bis Ende 2009 andauere. Das Handlungskonzept der Landesregierung von 2007 stelle frühe Prävention und zielgenaue Hilfen in den Mittelpunkt. Risikomanagement und die Fortbildung der Fachkräfte seien weitere wichtige Punkte. Eine Studie „Kinder in Not“ werde Aufschluss über noch mögliche Schwachpunkte geben. Dann habe man eine gute Grundlage für weitere Diskussionen.

Anica Bömkle

Der Antrag – Drs. 14/7957 – wurde an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (federführend), an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform überwiesen.



Foto: Schälte

Haushaltskonsolidierung oder Rekordschulden?

Widersprüchliche Rechenarten von Regierung und Opposition

3.12.2008 – „Die Versprechen des Finanzministers – eine Geschichte ohne Happy End“ (Drs. 14/7950) waren auf Antrag der SPD-Fraktion Thema in der Plenarsitzung. Die Entwicklung der Finanzen seit dem Regierungswechsel 2005 wurde hitzig debattiert.



Gisela Walsken (SPD)

Christian Weisbrich (CDU)

Angela Freimuth (FDP)

Ewald Groth (Grüne)

Fotos: Schälte

Gisela Walsken (SPD) machte direkt zu Beginn ihrer Rede sehr deutlich, dass die Versprechen des Finanzministers aus ihrer Sicht in keiner Weise eingehalten worden seien. Der Schuldenberg sei nicht abgebaut worden, sondern habe sich im Gegenteil noch von 106,8 auf 121,8 Milliarden Euro erhöht. Des Weiteren hätten die zusätzlichen Steuereinnahmen eben nicht zu 100 Prozent den Weg in die Schuldentilgung gefunden; anders als von der Regierung zugesagt, würden von den Mehreinnahmen bis Ende nächsten Jahres lediglich 30 Prozent dazu verwandt. „Versprochen – gebrochen, alle selbst gesteckten Ziele nicht erreicht“, unterstrich die SPD-Sprecherin ihre Kritikpunkte. „Der selbst ernannte ehrbare Kaufmann ist zum fliegenden Händler abgestiegen.“

In seiner Gegenrede kritisierte Christian Weisbrich (CDU) die verwendeten Zahlen der Vorrednerin massiv. Als Vergleichsmaßstab müsse der Nachtragshaushalt von 2005 herangezogen werden. Im Vergleich dazu seien die Ausgaben von 2005 bis 2009 völlig vertretbar um nur 3 Prozent erhöht worden. Außerdem seien 2006 die Steuermehreinnahmen vollständig zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung eingesetzt worden, 2009 würden es 65,9 Prozent werden (ohne Konjunkturabschwung fast 90 Prozent). Die Finanzsituation sei dank der von der Regierung frühzeitig aufgespannten „Sicherungsschirme“ trotz der Finanzmarktkrise gut zu kontrollieren. Mit 112 Milliarden Euro Schulden habe die SPD der Nachfolgerregierung 2005 „einen Schrotthaushalt hinterlassen“, so der CDU-Sprecher.

Auch Angela Freimuth (FDP) widersprach den Zahlen der SPD. Die Nettoneuverschuldung der Jahre 2006 bis 2009 liege mit 10,12 Milliarden Euro um 5 Milliarden Euro unter der Behauptung der SPD. Des Weiteren habe man von 2006 (3,39 Milliarden Euro) bis 2008 (1,78 Milliarden Euro) die jährliche Neuverschuldung stetig senken können (2009 steige der Betrag aufgrund der Finanzmarktkrise wohl auf 2,97 Milliarden Euro an). Zum Vorwurf, die Regierung lege „Sparstrümpfe“ an, erklärte die FDP-Sprecherin: Sowohl das Risikofondsgesetz für die West-

deutsche-Landesbank als auch das Gesetz, mit dem das Parlament die NRW-Beteiligung am Finanzmarkt-Stabilisierungspaket des Bundes beschliesse, enthielten Regeln, dass diese Mittel nur für diesen Zweck verwendet werden dürften.

Ewald Groth (Grüne) kritisierte demgegenüber: „Die Regierung hat nicht gespart. Sie hat nur mehr eingenommen.“ Die Mehrausgaben seien unter Rot-Grün von 2000 bis 2004 um 300 Millionen Euro gestiegen. Bei der jetzigen Regierung dagegen sei von 2004 bis 2009 ein Anstieg um rund 4 Milliarden Euro zu verzeichnen. Trotz dieser Aufstockung des Haushalts würden für wichtige Aufgaben zu wenig Mittel vorgesehen. Groth nannte als Beispiele das KiBiz, die Verpflegung der Schulkinder, die Ganztagschulen, die Obdachlosenfürsorge, die Besoldung im öffentlichen Dienst sowie das fehlende Konjunkturprogramm. Gleichfalls schüre die Regierung die Probleme der Kommunen, da sie diesen jährlich eine Milliarde Euro nehme. Dies führe dazu, dass immer mehr „klamme“ Städte überschuldet seien.

Aus Sicht von Finanzminister Dr. Helmut Linszen (CDU) hätten die Kommunen dagegen mit geplanten 8,6 Milliarden Euro noch nie soviel Geld erhalten wie mit dem Haushalt 2009. Die Vorwürfe der Opposition seien auf falschen Zahlen gebaut: Rot-Grün habe 2005 mit 112,2 Milliarden Euro dem Land eine „Rekordverschuldung“ hinterlassen. Seitdem habe die Ausgabensteigerung – den notwendigen zweiten Nachtragshaushalt 2005 einbezogen – 1,7 Milliarden Euro betragen. Alle laut Steuerschätzung vom Mai 2006 zu erwartenden Steuermehreinnahmen seien in die Senkung der Nettoneuverschuldung geflossen. In 2007 und 2008 habe man die Mehreinnahmen entweder wiederum für diesen Zweck oder aber für eine nachhaltige Politik eingesetzt. Im Zeitraum von 2005 bis 2009 würden 65,9 Prozent der Steuermehreinnahmen zur Absenkung der Nettoneuverschuldung verwendet.

Für den fraktionslosen Abgeordnete Rüdiger Sagel gibt es in Nordrhein-Westfalen einen „Kahlen Ast der Verschuldung.“ Die Quittung für dieses Handeln werde es „spätestens in anderthalb Jahren, bei den Wahlen 2010, geben.“

Lutz Viehweger

Den Antrag der SPD-Fraktion – Drs. 14/7950 – sowie den Entschließungsantrag des Abgeordneten Sagel – Drs. 14/8045 – lehnte der Landtag mit Regierungsmehrheit ab.



Die Aktienkurse hat Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) im Blick, so auch vor Beginn der Plenarsitzung zum Dritten Nachtragshaushalt. Welche konkreten Belastungen die Finanzkrise für Nordrhein-Westfalen mit sich bringt, ist zurzeit allerdings noch nicht endgültig abzusehen.

Foto: Schälte

tik der Landesregierung zu verstehen. Diese sei durch folgende Merkmale und Markenzeichen zu charakterisieren: „Vorsichtig planen, sich stark anstrengen, damit es noch besser wird, dann Erfolge haben und für zukünftige Belastungen rechtzeitig Vorsorge treffen.“

„Die Finanzmarktkrise und die sich abzeichnende Wirtschaftskrise“, so erklärte Angela Freimuth (FDP), „haben mit Blick auf die Steuereinnahmen noch keine durchschlagende Wirkung gezeigt.“ Der Nachtragshaushalt der Landesregierung sei hierfür ein Beleg. Nichtsdestotrotz bleibe zu befürchten, „dass die Zeichen der Wirtschaft Anlass für zurückhaltende Steuereinnahmeprognoesen geben.“ Deswegen würden die Koalitionsfraktionen nicht von ihrer Linie der Konsolidierung abweichen. Es sei damit zu rechnen, dass auf Nordrhein-Westfalen Belastungen bei der Abrechnung des Finanzmarktstabilisierungsfonds zukämen. Aus diesem Grunde sei eine nachhaltige Finanzpolitik zwingend erforderlich, so Freimuth.

„Einen neuen Negativrekord“ sah Ewald Groth (Grüne) im Gesetzentwurf des Finanzministers: „Wenn er jetzt 615 Millionen Euro im Rettungsfonds für die WestLB und im nationalen Rettungsfonds parkt, hat das vor allen Dingen strukturelle Bedeutung“, meinte Groth kritisch. Finanzminister Linssen wolle eine drohende Steigerung der Nettoneuverschuldung wegen zurückgehender Steuereinnahmen abfedern. „Aber die Nettoneuverschuldung wird erhöht werden müssen, weil Sie keinen Ausgleich finden werden“, prognostizierte der Abgeordnete, der zugleich Maßnahmen der nordrhein-westfälischen Landesregierung gegen die Wirtschaftskrise vermisste: „Wo ist Ihr Konzept gegen die Rezession? Wo ist Ihr Konjunkturprogramm?“

SW

Zur weiteren Beratung hat der Landtag die Entwürfe zum „Dritten Nachtragshaushaltsgesetz 2008“ und zum „Abrechnungsfondsgesetz – AföG“ einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

„Schwierige Zeiten kommen auf uns zu“

Unterschiedliche Ansichten zum Dritten Nachtragshaushalt 2008

3.12.2008 – Die vorausgesagte Rezession für das kommende Jahr bestimmte auch die Plenardebatte zum dritten Nachtragshaushalt 2008 (Drs. 14/7930) und zur Einrichtung eines Abrechnungsfonds für die Beteiligung Nordrhein-Westfalens an den finanziellen Lasten des Finanzmarktstabilisierungsfonds auf Bundesebene (Drs. 14/7940). Finanzminister Dr. Helmut Linssen und Abgeordnete der Regierungsfractionen sahen in den Gesetzentwürfen eine notwendige Vorsorge für die absehbaren finanziellen Mehrbelastungen der kommenden Jahre. Abgeordnete der Oppositionsfractionen dagegen kritisierten, die Steuermehreinnahmen aus dem laufenden Jahr 2008 würden im Nachtragshaushalt nicht dazu genutzt, die Nettoneuverschuldung des Landes abzubauen.

Mit Haushaltsverbesserungen in Höhe von 615 Millionen Euro bis zum Jahresende rechnete Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU). Dieser Zuwachs würde sich im Wesentlichen aus erhöhten Steuereinnahmen zusammensetzen, wie sie in den Steuerschätzungen von November vorgesehen seien. Linssen versprach im Plenum, diese Mehreinnahmen ausschließlich nachhaltig einzusetzen. So sollen 70 Prozent der Haushaltsverbesserungen (rund 430 Millionen Euro) dem Risikofonds für die WestLB und 30 Prozent der Mehreinnahmen (rund 185 Millionen Euro) dem Abrechnungsfonds für die Finanzmarktstabilisierung auf Bundesebene zufließen. „Wir wissen bereits jetzt, dass schwierigere Zeiten auf uns zukommen. Dafür wollen wir gewappnet sein“, erklärte Linssen.

Kritisch sah Gisela Walsken (SPD) den dritten Nachtragshaushalt der Landesregierung. Der Entwurf würde in eklatanter Weise zeigen, „dass Sie es haushaltswirtschaftlich in diesem Lande nicht können“, warf Walsken dem Finanzminis-

ter vor. „Im Nachtrag für dieses Jahr vergeben Sie erneut die Chance, weniger Schulden aufzunehmen, obwohl die Steuerzahler Ihnen 250 Millionen Euro zusätzlich in die Kassen gezahlt haben.“ Walsken äußerte auch mit Blick auf den noch zu verabschiedenden Haushalt 2009 den Verdacht, dass sich der Finanzminister „unter dem Deckmantel der Finanzkrise“ über neue Verschuldung Polster anlegen wolle. „Sie scheinen an dieser Stelle zum Trittbrettfahrer in der Finanzkrise geworden zu sein“, so das Fazit der Abgeordneten.

Einen „Grund zur Freude“ nannte Dr. Jens Petersen (CDU) den Dritten Nachtragshaushalt: „Wir haben höhere Steuereinnahmen, weil die Wirtschaft wieder wächst, und das sogar überdurchschnittlich.“ Petersen hielt es für sinnvoll und notwendig, mit den Mehreinnahmen „erstens die Altlast der WestLB abzubauen und zweitens finanzielle Belastungen aus der Finanzkrise aufzufangen“. In der Summe sei der Nachtragshaushalt daher als ein Beleg für die Finanzpoli-

Gewalt gegen Frauen bekämpfen

Bedrückende Analyse – Debatte über konkrete Maßnahmen

4.12.2008 – Gewalt gegen Frauen nimmt nicht ab, sondern eher zu. Wahrscheinlich geben sogar die kommenden Weihnachtsfeiertage wieder Anlass zur Sorge, so die fraktionsübergreifende Analyse. Dass Frauenhäuser helfen, war gleichfalls unumstritten. Ob und wie sie gestärkt und ausgebaut werden sollen, war jedoch weniger konsensfähig. Die Plenardebatte auf Antrag der Grünen (Drs. 14/7954) war Auftakt zu weiteren Beratungen im Ausschuss.

Zu Beginn stellte **Barbara Steffens** (Grüne) fest, Gewalt gegen Frauen sei kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem. Der Staat müsse die Frauen schützen und ihnen sichere Zufluchtstätten bieten. Davon gebe es aber zu wenige. Betrachte man die Anzahl der Frauenhäuser im Verhältnis zur Einwohnerzahl, so liege NRW unter den Ländern nur im Mittelfeld. Steffens favorisierte daher eine bundeseinheitliche Regelung. Notwendig seien ein Rechtsanspruch aller von Gewalt betroffe-

nen nach einem Rechtsanspruch ignoriere eine „gut strukturierte, nach wie vor dichte Förderlandschaft“ in NRW. Zweifel äußerte **Westerhorstmann** an der Notwendigkeit einer bundeseinheitlichen Regelung; es sei zu prüfen, ob die Erforderlichkeiten an allen Orten gleich seien.

Annette Watermann-Krass (SPD) betonte, der Schutz der betroffenen Frauen und ihrer Kinder durch die Frauenhäuser verlange gesellschaftliche Anerkennung und finanzielle Unterstützung.

zeigt der deutliche Anstieg der Wohnungsverweise und des Rückkehrverbots in den letzten Jahren“, so die FDP-Politikerin. Frauenhäuser leisteten einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Frauen und Kindern vor Misshandlungen. Allerdings widersprach sie den Grünen: In NRW gebe es durchaus ein flächendeckendes Angebot. Dass die Koalition mit vielen Maßnahmen die Gewalt gegen Frauen und Kinder bekämpfe, zeige sich auch im Haushaltsentwurf 2009, der die personelle Unterstützung und Kontinuität sichere, sagte **Pieper-von Heiden**.

Frauenminister Armin Laschet (CDU) sagte zur Forderung der Grünen, Frauenhäuser verlässlich zu finanzieren: „Dies ist in NRW der Fall.“ Mit Verweis auf die insgesamt 165 geförderten Angebote an betroffene Frauen interpretierte er den Ruf nach einer bundeseinheitlichen Lösung als Aufforderung an die anderen Länder, „so

Fotos: Schälte



Barbara Steffens (Grüne)

Maria Westerhorstmann (CDU)

Annette Watermann-Krass (SPD)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Frauenminister Armin Laschet (CDU)

nen oder bedrohten Frauen und ihrer Kinder auf kostenlose Zuflucht, genügend Frauenhausplätze sowie ihre sichere Finanzierung. Sollte eine solche bundeseinheitliche Regelung bis Dezember 2009 nicht zustande kommen, müsse ein entsprechendes Landesgesetz her.

Gewalt gegen Frauen, so **Maria Westerhorstmann** (CDU), gehöre zu den „bedrückendsten“ Themen unserer Zeit. Bei ihrer Bekämpfung leisteten Frauenhäuser unverzichtbare Arbeit. Mit 400 Frauenhäusern weise Deutschland derzeit im internationalen Vergleich die beste Versorgung auf. Das Land NRW fördere derzeit mit 11,7 Millionen Euro 62 Frauenhäuser, 55 allgemeine Frauenberatungsstellen sowie 48 Fraueninitiativen gegen Gewalt. Damit sei es trotz des Sparzwangs gelungen, die bewährten Strukturen zu erhalten. Die Forderung der Grü-

Auch sie hielt bundeseinheitliche Standards und Finanzierungsstrukturen für notwendig. In NRW habe die Landesregierung die unter Rot-Grün geschaffene vierte Stelle in den Frauenhäusern, die speziell zur Beratung und Betreuung der Opfer dienen sollte, abgeschafft. Gleiches gelte für die koordinierende Landesfachstelle, um die andere Länder NRW „benedet“ hätten. Die SPD-Abgeordnete kritisierte auch die „schwierigen und bürokratischen“ Abrechnungsmodalitäten. Unerlässlich seien eine stärkere Förderung der Frauenhäuser und die Wiedereinrichtung der genannten vierten Stelle.

Als „herausragenden Schritt“ begrüßte **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP), dass seit Mitte der 70er-Jahre die Gewalt gegen Frauen und Kinder nicht mehr „totgeschwiegen“ werde. „Dass es nach wie vor ein hohes Gewaltpotenzial gibt,

gut“ wie NRW zu werden. Überhaupt sei mit Blick auf Verfassung und Föderalismusreform unklar, ob der Bund denn ein solches Gesetz erlassen dürfe. Bis dies geklärt sei, wolle man mit dem Bund Lösungen zu Einzelfragen erreichen, die die Kompetenz eines Landes überschritten (etwa zu dem Fall, dass Frauen zu ihrem eigenen Schutz weit weg von ihrem eigentlichen Wohnort leben müssten). Der Schutz von Frauen vor Gewalt, so das Fazit des Ministers, berühre komplexe finanzielle und administrative Fragen und erfordere unterschiedliche Einzelaktivitäten an verschiedenen Stellen. Dies sei nicht mit einer einzigen Regelung wie dem von den Grünen geforderten Rechtsanspruch zu lösen. CW

Der Antrag – Drs. 14/7954 – wurde einstimmig an den Ausschuss für Frauenpolitik überwiesen.

Zwischen Konflikt und Konsens

Rückblick und Ausblick der Fraktionsvorsitzenden

Helmut Stahl (CDU):

Das parlamentarische Jahr 2008 war zum einen geprägt von sehr konfliktbehafteten, jedoch notwendigen Gesetzgebungsvorhaben. Dafür steht beispielhaft die Novelle des nordrhein-westfälischen Sparkassenrechts. Andererseits ist es gelungen, ein ebenfalls wichtiges Gesetzgebungsvorhaben weitgehend konsensual zu beraten und zu beschließen. Dafür steht das neue Landes-Heimgesetz. Das kennzeichnet die Spannweite der politischen Auseinandersetzung. Innerhalb dieser Spannweite sind in 2008 eine Fülle von Reformvorhaben erfolgreich auf den Weg gebracht worden. Sie alle haben das Ziel: den Menschen dienen in Nordrhein-Westfalen, die Bildungschancen junger Leute verbessern, die Wirtschafts- und Innovationskraft unseres Landes stärken.

Dieses Ziel wird uns auch in 2009 leiten. Es wird unter anderen Vorzeichen stehen als das Jahr 2008. Die Wirkungen der globalen Finanzmarktkrise und ihres Übergreifens auf unsere heimische Wirtschaft werden uns erreichen. Das wird allen, die in Gesellschaft und Staat Verantwortung tragen, ein hohes Maß Flexibilität und Entscheidungsfreude abverlangen. Und das in einem Jahr, das ein „Superwahljahr“ sein wird! Dennoch werden wir Kurs halten. Dieser Kurs ist bestimmt durch soziale Gerechtigkeit ebenso wie durch wirtschaftliche Vernunft. Beides sind Seiten der gleichen Medaille. Für das parlamentarische Jahr 2009 wünsche ich mir eine parlamentarische Arbeit, die den Herausforderungen wie Chancen eines schwierigen Jahres gerecht wird.



Dr. Gerhard Papke (FDP):

Das Jahr 2008 war für die FDP-Fraktion arbeitsintensiv und sehr erfolgreich. Auf dem Weg, NRW zum Bildungsland Nr. 1 zu machen, sind wir weiter vorangekommen. FDP und CDU haben seit der Regierungsübernahme 6.915 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren haben wir fast vervierfacht. Ende 2008 stehen 44.600 Plätze zur Verfügung – bis 2013 werden es sogar 144.000 sein. Das Ganztagsmodell wird auf alle Schulformen ausgeweitet. Drei neue Fachhochschulen werden gegründet; acht erweitert. Gerade mit unseren Bildungsreformen sorgen wir für mehr Chancengerechtigkeit. Der Luftreinhalteplan, das Nichtraucherschutz- und das Heimgesetz erhöhen die Lebensqualität der Menschen. Mit der Zusammenlegung von Kommunal- und Europawahl stärken wir die Bedeutung beider Wahlen.

Für 2009 wünsche ich mir, dass wir die bevorstehenden Herausforderungen gemeinsam entschlossen meistern. Die FDP ist bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise noch stärker gefordert, einer Politik der wirtschaftlichen Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen, die konjunkturelle Impulse setzt und marktwirtschaftliche Erneuerung forciert. Wir müssen NRW wieder auf den Wachstumspfad führen und den Haushalt konsolidieren. Gleichzeitig ist es notwendig, Bürger und Mittelstand wirksam zu entlasten. Wirtschaftliche Dynamik und Leistungsgerechtigkeit sind zwei Seiten einer Medaille. Die Reformpolitik unserer Koalition muss konsequent weitergeführt werden.



Hannelore Kraft (SPD):

Das parlamentarische Jahr 2008 war ein verlorenes Jahr für NRW. CDU und FDP haben ihre falsche Politik zum Nachteil der Menschen fortgeführt. Ich nenne hierbei nur einige Stichworte: Trotz massiver Proteste wird mit dem Sparkassengesetz einer möglichen Privatisierung unserer Sparkassen Vorschub geleistet. Ohne Not wurden die Gelder für die Arbeitslosenhilfe gestrichen. Die WestLB ist immer tiefer in die Krise gerutscht – auch weil Schwarz-Gelb kein Zukunftsmodell entwickelt



hat. CDU und FDP haben die guten Chancen für unser Land nicht genutzt: Trotz 7,76 Milliarden Euro an Steuereinnahmen seit 2005 macht die Regierung zwölf Milliarden Euro neue Schulden. Ein wichtiges demokratisches Signal war jedoch sicherlich, dass alle Fraktionen gemeinsam Fremdenhass und Extremismus die rote Karte gezeigt haben.

Für das Jahr 2009 wünsche ich mir mehr Einsicht bei CDU und FDP – insbesondere angesichts der Rezession, die vor der Tür steht. Wie nachhaltig die Krise NRW erfasst, wird davon abhängen wie entschlossen wir auf die Herausforderungen reagieren. Es bedarf einer Politik der sozialen Vernunft. Dazu gehört ein Schutzschirm für die rund 150.000 Männer und Frauen in der Leih- und Zeitarbeit in NRW. Dazu gehört auch ein gesetzlicher Mindestlohn, um gerade in Krisenzeiten Ausbeutung und Lohndumping zu verhindern. Ich hoffe auch darauf, dass die Landesregierung ihre Kürzungspolitik zu Lasten der Kommunen rückgängig macht und endlich den notleidenden Städten und Gemeinden finanziell hilft anstatt sie weiter zum Kaputtsparen zu zwingen.

Sylvia Löhrmann (Grüne):



Das parlamentarische Jahr 2008 war für meine Fraktion ein Jahr intensiver Oppositionsarbeit. Anlass gab es reichlich: Die CDU hat 39 Jahre Anlauf genommen, um dieses Land gestalten zu dürfen – und schon nach 39 Monaten gemeinsam mit der FDP für den Abstieg gesorgt. Trotz hoher Mehreinnahmen steigt die Neuverschuldung drastisch, NRW ist vom Geber- zum Nehmerland geworden. Auch sonst heißt es für NRW „zurück in die Vergangenheit“. Das sozial selektive und leistungsfeindliche Schulsystem wird zementiert, Klimaschutz findet nicht statt, die soziale Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke: Arbeitslosenzentren dicht, Obdachlosenhilfe gestrichen. Und im Parlament? Dass die Koalition nicht auf die Opposition hört – geschenkt. Aber sie ignoriert auch jegliche fachliche Expertise. CDU und FDP schmoren halt lieber im eigenen alten Saft.

Für das parlamentarische Jahr 2009 wünsche ich mir eine Stärkung der parlamentarischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition. Warum nicht mehr auf die ExpertInnen hören, mehr Gemeinsamkeit wagen? – Das Wohl des Landes im Blick. Nur so können wir die Herausforderungen meistern: Klimaschutz, Bildung, Finanz- und Wirtschaftskrise, soziale Gerechtigkeit. Wenn aber CDU und FDP weiter nach Basta-Manier „durchregieren“, bleiben wir eine harte Opposition, die der schwarz-gelben Vergangenheitspolitik den Spiegel vorhält und mit den Herausforderungen der Zukunft konfrontiert. Denn: Zukunft ist Jetzt!

Der Landtag als Krisenmanager

Abgeordnete erfüllen umfangreiches Pensum

Mit Krisenmanagement beginnt und endet das parlamentarische Jahr 2008. Im Januar muss sich das Landesparlament mit den drohenden Arbeitsplatzverlusten bei Nokia befassen. Gegen Ende des Jahres treibt die Landespolitik die Sorge um, wie stark die Wirtschaft von der Rezession betroffen wird und was mit dem Bochumer Opelwerk geschieht, dem nordrhein-westfälischen Zweigunternehmen des am Abgrund stehenden amerikanischen Autokonzerns General Motors. Aber es dreht sich im Parlament nicht nur um Krise(n). Es geht auch und immer wieder um Hochschulen, Schulen, Kindergärten. Weitere wichtige Themen sind Integration, Gesundheitswesen, Altenpflege, die Situation der Behinderten, Arbeitsmarkt, Klimaschutz und Energiepolitik – eben das ganze Spektrum der Parlamentsarbeit.

Januar Der finnische Handyhersteller Nokia bleibt bei seinen Schließungsplänen für den Standort Bochum, obwohl der Landtag in einer Aktuellen Stunde an die Konzernspitze appelliert, die Pläne zurückzunehmen. Eine Woche zuvor sind im Wirtschaftsausschuss die Wellen hochgegangen: Da empörten sich Abgeordnete über die „sachlich nicht nachvollziehbare“ Entscheidung, einzelne riefen zum Boykott von Nokia-Handys auf.

In namentlicher Abstimmung weist die Landtagsmehrheit den Antrag zurück, die umstrittene CO-Pipeline der Firma Bayer von Dormagen nach Uerdingen wegen der möglichen Gefahr für die Bevölkerung nicht in Betrieb zu nehmen.

In einer Aktuellen Stunde wird dem Umweltminister vorgeworfen, Daten über die PFT-Verseuchung an der Ruhr „geschönt“ zu haben. Er habe im Gegenteil umfassend und lückenlos über das Problem informiert, verteidigt sich der Minister. Außerdem debattiert das Plenum über die Antwort auf die Große Anfrage zum Klimaschutz in NRW, ein Thema, um das bis Ende des Jahres immer wieder gerungen wird.

Februar Im Ruhrgebiet will die Landesregierung aus Rücksicht auf Pendler und Wirtschaft nicht eine große und zusammenhängende, sondern mehrere einzelne Umweltzonen einrichten. Das führe zu „Chaos pur“, urteilt die Opposition. Die Umweltzone Ruhr steht dann Anfang Juni im Zentrum einer Anhörung im Umweltausschuss.

Hängt der Schulerfolg junger Leute davon ab, wie lange sie vor der Spielkonsole sitzen und welche Inhalte sie am PC abrufen? Auf diesen Zusammenhang weist eine Studie hin, die im Landtag zur Sprache kommt. Ein anderes bildungspolitisches Thema sind die umstrittenen Kopfnoten auf den Zeugnissen. In der Folgezeit geht es in der Schulpolitik auch um das „Turbo-Abitur“, das Zentralabitur, den Ausbau des Ganztagsangebots sowie das Problem der Lern- und Sprachstandserhebungen.

März Mit der Begründung, Wahltermine zu bündeln und die Attraktivität der Kommunalwahlen zu erhöhen, will die Koalition im Land die Kommunalwahl zusammen mit der Europawahl im Juni 2009 durchführen. Das stößt auf Protest der Opposition. Sie weist auf die Folgen für die gewählten Mandatsträger hin und unterstellt der Koalition, sie befürchte, schlecht abzuschneiden. Drei Monate später wird das Gesetz in dritter Lesung mit Landtagsmehrheit angenommen.

In zweiter Lesung verabschiedet das Parlament das novellierte Kunsthochschulgesetz, das bei den Betroffenen auf breite Zustimmung gestoßen ist. In Anlehnung an die übrige Hochschulgesetzgebung werden die Kunsthochschulen des Landes von Regularien befreit und erhalten größere Autonomie in Organisation, Studium und beim Personal.

April Wird in NRW der Strom knapp, wenn der Bau neuer Großkraftwerke auf Kohlebasis aufgeschoben oder verhindert wird und es beim

Atomausstieg bleibt, wie die Koalitionsfraktionen dies befürchten? Die Gefahr einer „Stromlücke“ spaltet das Landesparlament. SPD und Grüne fordern die Landesregierung auf, ihre „Atomphantasien“ zu beenden und den Ausbau regenerativer Energien energisch zu fördern.

Die Enquetekommission I zu den Auswirkungen steigender Preise bei den Energieimporten legt ihren Abschlussbericht mit zwei unterschiedlichen Voten vor. Die eine Seite – CDU und FDP – sieht keinen Anlass zu „Untergangsszenarien“ und der Forderung „nach einem totalen Ökostaat“. Die anderen, SPD und Grüne, setzen auf Energieeinsparung und den Ersatz teurer Importenergie durch regenerative Lösungen.

Die Abgeordneten debattieren die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zur Situation der Pflege in NRW. Es besteht Konsens darin, dass für die wachsende Zahl älterer – und damit oft pflegebedürftiger – Menschen ein menschliches und angemessenes Angebot im Land bereitzustellen ist. Später im September geht es in einer zweitägigen Anhörung des Sozialausschusses um das Heimgesetz des Landes. Es soll pflegebedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes Leben sichern und einen Abbau zur Pflegebürokratie leisten.

Mai Vor dem Hintergrund von Fällen, in denen Kinder in ihren Familien vernachlässigt werden, wird im Rund des Plenarsaals ein ganzes Bündel von staatlichen und kommunalen Maßnahmen zur Förderung benachteiligter Kinder erörtert. Am Ende gibt es einen gemeinsamen Antrag in Sachen Kinderschutz, zu dem Ende August der Generationenausschuss Fachleute anhört.

In zweiter und dritter Lesung billigt der Landtag den Nachtragshaushalt 2008 – mit der Koalitionsmehrheit und gegen die Stimmen der Opposition. Es geht u. a. um eine Milliardenlandesbürgschaft für die Westdeutsche Landesbank (WestLB). Mit diesem „Risikoschild“ soll die angeschlagene Bank Gelegenheit erhalten, sich umzustrukturieren und ein tragfähiges Geschäftsmodell zu entwickeln.

Juni Schweigt der Landwirtschaftsminister zu den Problemen der auch vor dem Landtag demonstrierenden Milchbauern? In einer Aktuellen Stunde fordert die Opposition, der Minis-



LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN AUS DEM LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

ter solle sich eindeutig auf ihre Seite stellen. Die Koalition kontert: Die Rahmenbedingungen werden nicht im Land, sondern in Berlin und Brüssel festgelegt.

Seinen Teilabschlussbericht legt der Parlamentarische Untersuchungsausschuss I vor, der in dem Mord an einem jungen Häftling in der Justizvollzugsanstalt Siegburg ermittelt hat. Eine Woche später erörtert ihn das Plenum. Vor dem Hintergrund dieser Tat beschließt das Plenum mit allen Fraktionen, eine weitere (eine zweite gibt es da schon: Chancen für Kinder) Enquetekommission einzurichten. Sie soll sich um Maßnahmen kümmern, wie durch eine Präventionspolitik junge Menschen davon abgehalten werden können, straffällig zu werden.

Eine „einzigartige Sozialcharta“ soll die Mieterinnen und Mieter von Wohnungen der an einen britischen Investor verkauften Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) und die LEG-Beschäftigten absichern. Darüber hält der Landtag eine Aktuelle Stunde ab. Die Opposition ist der Auffassung, dass der Verkauf zulasten der Kommunen und der Mieterinnen und Mieter geht.

Nach dem Ersten Nachtragshaushalt kommt der Zweite. In erster Lesung geht es um die Verwendung von Steuermehreinnahmen und um zusätzliche und nicht vorhersehbare Ausgaben. Die Opposition kritisiert, dass die Regierung den Schuldenstand des Landes erhöht und damit von ihrem Ziel der Haushaltskonsolidierung abrückt.

Juli In der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause geht es um die Studienbeiträge in NRW. CDU und FDP sind der Überzeugung, dass die Beiträge der Studierenden für mehr Qualität in der Lehre sorgen und zu besseren Studienbedingungen führen. Die Opposition bemängelt, das Land entlaste sich auf Kosten der jungen Menschen.

Ende Juni findet der 1. Jugend-Landtag NRW statt. 187 Jugendliche setzen sich in Arbeitskreisen und Fraktionssitzungen, in Fachausschüssen und einer abschließenden Parlamentsdebatte mit Themen auseinander, die für sie auch im Alltag von Bedeutung sind. Am Ende gibt es zwei Resolutionen: Am grundsätzlichen wirtschaftlichen Werbeverbot an den Schulen soll festgehalten werden. Kommunale Kinder- und Jugendbeiräte sollen eingeführt werden.

August Nach der Sommerpause beginnt wieder der Ernst der Parlamentsarbeit, der Landeshaushalt 2009 wird eingebracht und in erster Lesung erörtert. Der Finanzminister nennt unter der Überschrift „Konsolidieren, Modernisieren, Investieren“ die Eckdaten des 53-Milliarden-Etats. Die Opposition betont, mit diesem Entwurf sei die Regierung „an ihren eigenen Versprechungen gescheitert“.

Ein Bild der Lage der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unserem Land zeichnet der 1. Integrationsbericht der Landesregierung. Während Koalition und Regierung konkrete Fortschritte bei der Zukunftsaufgabe Integration benennen, sieht die Opposition in dem Bericht einen Ausdruck von „Symbolpolitik“. Der zuständige Minister kündigt eine Einbürgerungskampagne an.

September Der Frauenausschuss hat die Vorarbeit dafür geleistet, dass sich die Landtagsabgeordneten in zwei Anträgen entschieden gegen die Genitalverstümmelung von Frauen und Mädchen wenden.

Ein Wochenende lang öffnet der Landtag seine Türen: Über 20.000 Besucherinnen und Besucher nutzen die Gelegenheit, das seit 20 Jahren am Rheinufer gelegene Parlament in Augenschein zu nehmen. Zeitgleich wird der Weltkindertag 2008 gefeiert.

Nicht mit Toleranz rechnen können rechts-extremistische Bestrebungen, zum Beispiel gegen den Bau der Moschee in Köln-Ehrenfeld. In einem gemeinsamen Antrag sprechen sich alle Fraktionen entschieden gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aus und bekennen sich zu einer pluralistischen, toleranten und freiheitlichen Gesellschaft.

Medizin gegen das „unkoordinierte Sterben“ von Krankenhäusern soll der Krankenhausrahmenplan bieten, den die Opposition von der Landesregierung fordert. Sie solle die Krankenhäuser stärker unterstützen. Die Koalition ihrerseits macht auf die Versäumnisse aufmerksam, die von Rot-Grün in der Vergangenheit zu verantworten und nun von Schwarz-Gelb aufzuarbeiten seien.

Oktober Sondersitzung des Landtags zu den Auswirkungen der internationalen Finanzkrise. Alle Fraktionen erklären ihre Unterstützung zum 480-Milliarden-Rettungspaket der

Bundesregierung. Eine Woche später diskutieren die Abgeordneten über die Unterrichtung der Landesregierung zur Lage der Wirtschaft und der Finanzmärkte im Land.

Im Landtag macht die Schulministerin darauf aufmerksam, dass sich seit dem Regierungswechsel der Unterrichtsausfall an nordrhein-westfälischen Schulen halbiert hat. Die Opposition bezweifelt dagegen in einer Aktuellen Stunde die Aussagekraft der vorgelegten Studie.

Nach zweieinhalbjähriger Arbeit legt die sogenannte Kinderkommission ihre Ergebnisse zur Beratung im Plenum vor. In dem Bericht der Enquetekommission II wird die Bedeutung frühkindlicher Bildung unterstrichen. Die Erkenntnisse sollen Basis des parlamentarischen und des Regierungshandelns für Rahmenbedingungen eines optimalen Bildungs- und Betreuungsangebots sein.

November Der Landtag verabschiedet in zweiter Lesung mit breiter Mehrheit das nach Meinung der Koalition „modernste Heimgesetz“ Deutschlands. Es soll älteren, behinderten und pflegebedürftigen Menschen ein ihrer Selbstbestimmung und Würde entsprechendes Leben ermöglichen.

In dritter Lesung nimmt der Landtag das neue Sparkassengesetz an, das von der Landesregierung vorgelegt worden ist. Nach monatelangen Auseinandersetzungen hat es zum Schluss eine Annäherung zwischen Koalition und Opposition gegeben. Das reicht aber nicht aus, um eine breite Mehrheit sicherzustellen.

Dezember Angesichts der auf das nächste Jahr verschobenen zweiten und dritten Lesung des Landesetats 2009 kommt es bei der Plenardebatte um den Dritten Nachtragshaushalt 2008 zum Schlagabtausch über die Finanzpolitik der Koalition. Die Opposition wirft der Regierung vor, trotz hoher Steuermehreinnahmen nicht genug zu sparen und neue Schulden aufzunehmen. Der überwiegende Teil werde zur Senkung der Neuverschuldung genutzt, kontert der Finanzminister. 430 Millionen Euro würden eingesetzt, um Risiken bei der WestLB abzusichern, 185 Millionen Euro dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes zugeführt.

Jürgen Knepper

LANDTAG INTERN INFORMATIONEN AUS DEM LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

Das neue Europa: Regional und bürgernah

Genau hingeschaut - Der Haushalt auf dem gemeinsamen Prüfstand

Saszination Geld: Sicherheit und Sorge

Gemeinsame Geschichte: NRW und Polen

Hochspannung: Die Energiehatte in NRW

SEITE 11 · LANDTAG INTERN 13/2008

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf NRW und über Lösungskonzepte diskutierten die Abgeordneten im **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU). Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) erklärte, die Krise gebe „Anlass zu ernster Sorge, aber keinen Anlass zu hektischem Aktionismus“. Deutlich sprach sie sich gegen kurzfristige Maßnahmen zur Konjunkturbelebung aus. Vorschläge wie die Ausgabe von Konsumgutscheinen seien nicht Erfolg versprechend. Auch Lutz Lienenkämper, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, erteilte „undurchdachten Schnellschüssen“ zur Konjunkturförderung eine Absage. Für die FDP sagte Dr. Gerhard Papke, sinnvoll sei eine nachhaltige Investitionsstrategie zur Förderung nordrhein-westfälischer Unternehmen. SPD und Grüne dagegen kritisierten, dass die schwarz-gelbe Landesregierung keine Aktivitäten zur Überwindung der Wirtschaftskrise erkennen lasse. Während Reiner Priggs (Grüne) einen Ausbau der Förderprogramme zur Gebäudesanierung forderte, erhoffte sich Thomas Eiskirch (SPD) neue Impulse besonders für die Automobilindustrie. Eine derartige Förderung, entgegnete die Ministerin, werde durch das Cluster „Automotive.NRW“ sichergestellt.

+++

Zwingt die Kommunalaufsicht Kommunen mit Nothaushalt, betriebsbedingte Kündigungen vorzunehmen?“ Das fragten die Grünen im **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** (Vorsitz Edgar Moron, SPD). Zum Anlass nahmen sie Medienberichte, nach denen die Kommunalaufsicht den Städten Oberhausen und Duisburg eine betriebsbedingte Kündigung von Personal empfohlen habe. Im Ausschuss wies Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) die Vorwürfe zurück. „Die Darstellungen entbehren jeglicher Grundlage“, sagte Wolf. An keiner Stelle habe es derartige Hinweise an Duisburg und Oberhausen gegeben. Mit dieser Antwort wollten sich die Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen nicht zufrieden geben. Sie kritisierten, die Landesregierung wolle nicht anerkennen, dass hoch verschuldete Kommunen nicht mehr aus eigener Kraft den Haushaltsausgleich schafften. Dagegen erklärte Innenminister Dr. Wolf, dass in einigen Kommunen die Haushaltsdisziplin „nicht immer zufriedenstellend“ vorhanden sei. Durch verstärkte strukturelle Reformen und Einsparungen würde es auch diesen Städten gelingen, mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, so der Minister.



Dr. Klaus Kinkel (2. v. links) mit Obleuten aus dem Innovationsausschuss sowie dem Vorsitzenden Ewald Groth (Mitte) und seinem Stellvertreter Dr. Stefan Berger (2. Reihe links).
Foto: Schälte

Eindringlich hat der **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) an die 53 Kommunen der Kulturhauptstadt RUHR.2010 appelliert, die in allen Kunstsparten aktive Freie Szene in die Vorbereitung und Gestaltung des Kulturjahres 2010 einzubeziehen. Dies müsse zusätzlich zu den bereits geplanten Aktivitäten geschehen, um den kulturellen Reichtum des



Illustration: Peter Flock

Ruhrgebiets vollständig zur Geltung zu bringen, so der Initiator des Appells, Landtagsvizepräsident Oliver Keymis (Grüne). In allen Kommunen, die gemeinsam die Kulturhauptstadt Europas gestalten, gebe es viele engagierte Kunstschaffende, die als Freiberufler oder im Nebenberuf in der bildenden und darstellenden Kunst, in der Musik oder im Tanz arbeiteten, sich in Off-Art-Gruppen und in Kunst-Initiativen zusammengeschlossen hätten. „Beteiligen Sie die Bürgerinnen und Bürger, die den Kulturraum Ruhrmetropole kreativ prägen“, fordern die vier Fraktionen in dem gemeinsamen Appell, unterschrieben von den kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen, Thomas Sternberg (CDU), Claudia Nell-Paul (SPD), Angela Freimuth (FDP) und Oliver Keymis (Grüne).

Deutschland muss Bildung und Forschung zu einem Megathema machen, sonst sacken wir international ab“, sagte Dr. Klaus Kinkel, Bundesminister a.D. und Vorsitzender der Deutschen Telekom Stiftung im **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** (Vorsitz Ewald Groth, Grüne). Den Ausschussmitgliedern stellte er die Ergebnisse des Innovationsindikators 2008 vor, den das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung jährlich im Auftrag der Telekom Stiftung und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie erstellt. Der Indikator misst, welche Faktoren Einfluss auf die Erforschung und Entwicklung innovativer Produkte haben und wie sich vor diesem Hintergrund Deutschland im Vergleich mit den weiteren 16 führenden Industrienationen positioniert. Der Indikator sieht Deutschland auf Platz acht der Rangliste. Dr. Kinkel, ehemaliger Justiz- und Außenminister der Bundesrepublik, forderte von den politischen Akteuren auf Länder- und Bundesebene größere Anstrengungen, um die Rahmenbedingungen für Bildung und Forschung zu verbessern. Mit seinen Ausführungen stieß er bei Abgeordneten aller Fraktionen auf Zustimmung. Der Innovationsausschuss will das Gespräch als Basis für weitergehende Diskussionen nutzen.

+++

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependence des Landtags, der Villa Horion, ist für den 19. Januar 2009 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter der Nummer (0211) 884-4444 erforderlich.

Blick in die Sachverständigenrunde im Ausschuss für Schule und Weiterbildung. Foto: Schälte

Schulentwicklung vor Ort

Wie viel Freiheit sollen die Kommunen erhalten?

26.11.2008 – Schulen entwickeln sich weiter. Zur Forderung der Grünen-Fraktion, den Städten und Gemeinden in diesem Prozess mehr Spielraum und Mitbestimmung einzuräumen (Drs. 14/5784), haben im Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) Sachverständige aus Kommunen, Schulen, Wissenschaft und Praxis Stellung bezogen. Dominierende Meinung: Gut, dass das Thema auf dem Tisch liegt.

Der Antrag werde vom Städtetag „grundsätzlich ganz außerordentlich begrüßt“, eröffnete Prof. Dr. Angela Faber ihre Stellungnahme und begründete das Lob damit, dass alle PISA-Sieger auf kommunale Verantwortung für schulische Bildung setzten. Sie regte an, die Schulfinanzierung neu zu regeln und die Schulaufsicht zu dezentralisieren. Vor allem sei aber eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen nötig.

Claus Hamacher vom Städte- und Gemeindebund begrüßte die Forderung nach einer kommunalen Verantwortung für die Schulentwicklung ebenfalls, weil die Städte und Gemeinden schließlich auch die Folgen fehlgeschlagener Schullaufbahnen zu tragen hätten. Wie seine Vorrednerin hielt auch er die Trennung von inneren Schulangelegenheiten – quasi die „Software“ der Schulen, zum Beispiel Unterrichtsqualität – und äußeren Schulangelegenheiten – die „Hardware“ wie etwa Schulgebäude – für überholt. Die Kommunen könnten

helfen, diese Trennung zu überwinden, meinte Ursel Westphal vom Landeskompetenzzentrum für Individuelle Förderung NRW.

Markus Leßmann vom Landkreistag plädierte dafür, zunächst über Modellversuche zu prüfen, ob eine solch massive Änderung der Aufgabenzuordnung möglich sei. Sehr gut funktionierten derzeit regionale Bildungsnetzwerke, was auch Prof. Dr. Hermann Hansis von der Europäischen Fachhochschule Rhein/Erft unterstrich.

Aus Sicht der Wissenschaft nahm Prof. Dr. Wolf-Dieter Hasenclever vom Niedersächsischen Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung Stellung: Die regionale Betrachtungsweise sei wegen der unterschiedlichen lokalen Voraussetzungen die einzig angemessene. Die Schulqualität hänge zudem wesentlich auch von den baulichen Voraussetzungen ab. Wichtig sei außerdem, dass die Schulen eigenständig entscheiden könnten, wofür sie die ihnen zugewiesenen Mittel einsetzen.

Das Problem der unterschiedlich guten Schulgebäude nahm Ulrich Brambach vom Realschullehrerverband wieder auf. Es gebe in diesem Punkt ein deutliches Gefälle zwischen Städten und ländlichen Regionen. Er plädierte für gemeinsame Standards, da die Konkurrenz zwischen Schulen und Kommunen wachse. Wenn innere und äußere Schulentwicklung zusammengelegt würden, da die Trennung überholt sei, könnte dies allerdings zu einem noch deutlicheren Gefälle führen, nämlich in baulicher Hinsicht, argumentierte Brambach.

Die Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr, Dagmar Mühlendorf, berichtete aus der kommunalen Praxis: „Wir spüren vor Ort, dass wir eigentlich keine Zeit mehr haben.“ Die Potenziale für Wohlstand in der Stadt hingegen von der Bildung ab. Daher müsse man den Bildungsprozess als Stadtentwicklungsprozess begreifen.

In Baden-Württemberg, berichtete Gerda Stuchlik von der Stadt Freiburg, werde ein in der Stadt und auf dem Land erfolgreiches Modellprojekt einer regionalen Bildungslandschaft für das ganze Land ermöglicht. Die Kosten dürften allerdings nicht allein bei den Kommunen liegen. In Freiburg gehe man von der Modellphase zur Regel über. Die Stabstelle des Gemeinschaftsprojekts von Stadt, Land und Bertelsmann-Stiftung liege bei der Stadt.

Schon heute übernehmen Kommunen Verantwortung für die Schulentwicklung, bemerkte Renate Tölle vom Schulverwaltungsamt Dortmund. In Dortmund habe dies belebend gewirkt und innovatives Potenzial freigesetzt. Solches Engagement von Kommunen müsse anerkannt und die Rahmenbedingungen dafür müssten verbessert werden. Auch Tölle betonte, dass Schulentwicklung und Stadtentwicklung zusammengehörten.

Peter Silbernagel vom Philologenverband NRW sah Land, Kommunen und die einzelnen Schulen gemeinsam in der Verantwortung. Er betonte, der Staat müsse aber weiterhin pädagogische Zielvorhaben definieren. Insgesamt hätten sich die bestehenden Verantwortungsbereiche bewährt.

In seiner Gemeinde, berichtete Dr. Arthur Christiansen aus dem schleswig-holsteinischen Handewitt, gebe es keinerlei parteipolitischen Streit darüber, dass man sich der Verantwortung annehmen müsse. Mit Blick auf die Dringlichkeit sagte er: „Es ist nicht fünf vor zwölf, es ist fünf nach zwölf“ und beschrieb die Herausforderungen: „Wie bekomme ich Familien in meine Stadt? Und was sind deren Standortentscheidungen?“ Häufig spiele gerade die Bildungslandschaft eine Rolle.

sow

Laufende und kommende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR – INHALT	BERATUNG IM PLENUM	BESCHLUSS	BERATUNGSSCHRITTE (ALLE TERMINE UNTER VORBEHALT)
14/7940	Abrechnungsfondsgesetz	LANDESREGIERUNG – Aufteilung der Zahlungsverpflichtungen zwischen Bund und Ländern, Schaffung eines Sondervermögens mit der Funktion eines Puffers, Glättung und Verteilung der Haushaltsbelastungen über mehrere Jahre	1. Lesung 3.12.2008	Überweisung an den Haushaltsausschuss	Weitere Ausschussberatungen bis 22.1.2009, Anhörung am 15.1.2009, 2. Lesung im Plenum am 28./29./30.1.2009
14/7930	3. Nachtragshaushalt 2008	LANDESREGIERUNG – Änderung des Landeshaushaltsgesetzes und des Haushaltsplans für 2008, Umsetzung des Ergebnisses der Steuerschätzung, Verwendung von Steuermehreinnahmen und weiterer steuerbedingter Haushaltsverbesserungen für Zuführungen zum Sondervermögen „Risikoabschirmung WestLB AG“ sowie zum noch zu errichtenden Fonds für die Beteiligung des Landes NRW an den finanziellen Lasten des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes des Bundes	1. Lesung 3.12.2008	Überweisung an den Haushaltsausschuss	Weitere Ausschussberatungen bis 22.1.2009, Anhörung am 15.1.2009, 2./3. Lesung im Plenum am 28./29./30.1.2009
14/7895	Geodatenzugangsgesetz	LANDESREGIERUNG – Umsetzung der Richtlinie 2007/2/EG; Erarbeitung des Gesetzentwurfs zur Gewährleistung der durch die Richtlinie geforderten Interoperabilität auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene	1. Lesung 3.12.2008	Überweisung an den Innenausschuss (federführend) und an den Hauptausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 11.12.2008, weitere Beratung Anfang 2009
14/7925	Bergmannsversorgungsschein	LANDESREGIERUNG – Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Gesetzes; redaktionelle Anpassungen an geltendes Recht	1. Lesung 3.12.2008	Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Erste Beratung im Ausschuss am 21.1.2009
<u>14/7826</u>	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Landtag Nordrhein-Westfalen	CDU und FDP – Änderung des Wahlkreisgesetzes und Regelung zur Befristung des Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung	1. Lesung 12.11.2008	Überweisung an den Hauptausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 27.11.2008, weitere Beratungen Anfang 2009
<u>14/7796</u>	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt	LANDESREGIERUNG – Möglichkeit der Kooperation mit einem Partner	1. Lesung 12.11.2008	Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (federführend) sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 26.11.2008 Anhörung am 21.1.2009
<u>14/7792</u>	Gesetz zur Stärkung der Personalhoheit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen	LANDESREGIERUNG – Schaffung einer rechtlichen Möglichkeit zur Zahlung von Leistungsentgelten an kommunale Beamtinnen und Beamte; Aufhebung der Stellenobergrenzenverordnung vom 10.05.2005	1. Lesung 2.11.2008	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend), an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sowie an den Innenausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 27.11.2008, Anhörung am 5.2.2009
14/7497	Sechstes Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes	LANDESREGIERUNG – Änderung der Abführungsregelung aus dem Jahresüberschuss der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen (Wfa)	1. Lesung 23.10.2008	Überweisung an den Ausschuss für Bauen und Verkehr (federführend) sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 29.10.2008, öffentliche Anhörung am 15.1.2009
14/7000 14/7001 14/7002	Haushaltsgesetz 2009 Finanzplanung 2008-2012 Gemeindefinanzierungsgesetz	LANDESREGIERUNG – Inhalt: Feststellung des Haushaltsplans Regelung der Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände	1. Lesung 27.8.2008	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss und die einzelnen Fachausschüsse	Weitere Ausschussberatungen bis 22.1.2009, Anhörung am 15.1.2009, 3. Lesung im Ausschuss am 5.2.2009; 2./3. Lesung im Plenum (28./29./30.1. bzw. 11./12.2.2009)

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR – INHALT	BERATUNG IM PLENUM	BESCHLUSS	BERATUNGSSCHRITTE (ALLE TERMINE UNTER VORBEHALT)
14/6933	Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gliederung und die Bezirke der ordentlichen Gerichte	LANDESREGIERUNG – Artikelgesetz zur Aufhebung der Amtsgerichte Herne-Wanne und Gelsenkirchen-Buer zum 1.1.2012 bzw. zum 1.7.2012 unter gleichzeitiger Einrichtung von Justizzentren	1. Lesung 18.6.2008	Überweisung an den Rechtsausschuss	Anhörung am 3.11.2008, weitere Beratung am 10.12.2008, 2. Lesung im Plenum am 17./18.12.2009
14/6327	Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft in NRW	SPD – Zusammenführung der bisherigen Einzelbestimmungen zum Untersuchungshaftvollzug	1. Lesung 12.3.2008	Überweisung an den Rechtsausschuss	Zuletzt Beratung am 2.4.2008, ggf. Vorlage der Landesregierung und anschließende weitere Beratung
14/1541	Gesetz zur Änderung der Landesverfassung	SPD, GRÜNE – Stärkung des Informationsrechts und des Unterrichtsanspruchs des Parlaments gegenüber der Landesregierung	1. Lesung 6.4.2006	Überweisung an den Hauptausschuss	Zuletzt behandelt am 6.3.2008, Beratung läuft
14/272	Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes	SPD – Einrichtung einer Personalvertretung bei jeder Staatsanwaltschaft	1. Lesung 28.9.2005	Überweisung an den Rechtsausschuss (federführend) sowie den Innenausschuss	Zuletzt behandelt am 3.11.2005, Beratung ruht

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	1. LESUNG – GEPLANT	BESCHLUSSVORSCHLAG – ÜBERWEISUNG AN DEN	
14/8090	Gesetz zur Erhebung von § 4 Absatz 1 Nummer 7 und Anlage 2 der Beihilfenverordnung in Gesetzesrang	CDU, FDP	17./18. 12.2008	Haushalts- und Finanzausschuss.	
14/8036	Änderung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten	SPD	17./18. 12.2008	Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (federführend)	
14/8025	Gesetz zur Änderung verfahrens-, zustellungs- und gebührenrechtlicher Regelungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in das Landesrecht	LANDESREGIERUNG	17./18. 12.2008	Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform	
14/7961	Gesetz zur Reform der Lehrerausbildung Gesetzentwurf	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 17./18. 12.2008	Ausschuss für Schule und Weiterbildung (federführend)	

Abgeschlossene Gesetzgebung – am 3./4. Dezember 2008 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	BERATUNG IM PLENUM	BESCHLUSS	IM GESETZBLATT VERKÜNDET
14/7890	Fünftes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes	CDU, SPD, FDP und Grüne	2. Lesung 4.12.2008	Angenommen	
14/7793	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder von Ausschüssen	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 3.12.2008	Angenommen	
14/7683	Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 3.12.2008	Angenommen	
14/6926	Landwirtschaftskammergesetz	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 3.12.2008	Angenommen	
14/6886	Änderung des Gesetzes über den Schutz der Berufsbezeichnungen	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 3.12.2008	Angenommen	

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen.

„Wir wollen die nordrhein-westfälische Theaterlandschaft stärken“

Die Theaterlandschaft in Nordrhein-Westfalen ist vielfältig und von besonderer Qualität. Sie zeichnet sich durch eine hohe Dichte an kommunalen und freien Theatern sowie Landesbühnen aus. Trotz dieser großen Vielfalt werden nur selten Arbeiten nordrhein-westfälischer Theater deutschlandweit und im europäischen Raum als herausragend wahrgenommen.

„Eine sinnvolle Kulturpolitik sollte neben der Förderung der kulturellen Bildung und Breitenkultur deshalb auch dort tätig werden, wo in künstlerischer Hinsicht qualitativ hochwertige Arbeit geleistet wird. Ziel sollte es sein, auch durch finanzielle Mittel diese Arbeit zu stützen und zu verstetigen.“ Das erklärt der kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtags-



fraktion, Thomas Sternberg (Foto).

In einem Antrag fordert die CDU-Fraktion daher jetzt die Landesregierung auf, zur Stärkung der Theaterlandschaft eine Förderauszeichnung für die heimischen Theater zu vergeben. Demnach sollen ab dem Jahr 2012 landesweit bis zu drei Theater durch eine Expertenjury benannt werden, die diese Sonderförderung erhalten.

„Mit dieser Auszeichnung soll die Arbeit der Theater gewürdigt und unterstützt werden“, erläutert der CDU-Kulturexperte den Antrag. „Verbunden damit ist eine finanzielle Förderung der künstlerischen Arbeit für die Dauer von drei Jahren.“ Voraussetzung dieser Förderung durch das Land sei, dass die kommunale Finanzierung der Theater nicht gekürzt werde

und die Kommunen sich mit einem zusätzlichen entsprechenden Anteil an dieser Förderung beteiligten.

Sternberg: „Theater sind Orte, an denen durch ihre Künstlerinnen und Künstler gesellschaftliche Prozesse in besonderer Weise gespiegelt und reflektiert werden können. Theater nehmen aber nicht nur Bezug auf Gesellschaft. Sie können und sollten durch ihre Arbeit am stetigen gesellschaftlichen Veränderungsprozess teilnehmen.“

Für die Spielzeiten 2009/2010 bis 2011/2012 sollen das Musiktheater und Schauspiel Essen und die erfolgreichen neuen Ansätze von Schauspiel und Oper der Bühnen der Stadt Köln, die bereits durch die von der Landesregierung beauftragte unabhängige Expertenkommission in ihrem Abschlussbericht „Kunst NRW – Vorschläge und Empfehlungen“ als derzeit besonders förderungswürdig angesehen werden, mit jeweils 300.000 Euro jährlich in ihrer künstlerischen Arbeit unterstützt werden. ■

Alkohol in der Schwangerschaft: FDP-Fraktion fordert mehr Aufklärung und Hilfe

Bis zu 800 Babys kommen in Nordrhein-Westfalen jedes Jahr mit Behinderungen zur Welt, weil ihre Mütter während der Schwangerschaft Alkohol getrunken haben. Von diesen Kindern können später mehr als 80 Prozent kein selbstständiges Leben führen. Stefan



Romberg, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion warnt vor den Folgen von Alkoholmissbrauch in der Schwangerschaft und er fordert: „Man muss auf Alkoholikerinnen aktiver zugehen.“ Romberg drängt auf verstärkte Prävention, passgenaue Hilfe und gesellschaftliche Kontrolle.

Die bereits gestarteten guten Initiativen der Landesregierung zur Prävention müssen nach Rombergs Ansicht ausgebaut werden. Im Moment wird ein Internetfilm zur Prävention produziert. „Der Film muss in möglichst vielen Kinos Einzug halten. Auch vorhandene Plakate und Broschüren sollten bei noch mehr Frauenärzten ausgelegt werden.“ Die Aufklärung muss frühzeitig beginnen. Warnhinweise auf Alkoholflaschen greifen Romberg daher zu kurz: „Frauen werden ja meist nicht während der Schwangerschaft zu Alkoholikerinnen.“

Besonders wichtig sei, alkoholkranken Frauen effektive Hilfe anzubieten. Wenn Alkoholikerinnen erfahren, dass sie ein Kind

erwarten, fielen viele in ein tiefes Loch. „Die Schamgrenze und die Angst sind sehr hoch. Wem kann ich mich anvertrauen? Werden mein Neugeborenes oder meine anderen Kinder mir weggenommen? Wo bekomme ich Hilfe? Solche Fragen quälen die Frauen“, meint der FDP-Abgeordnete. Deshalb brauche NRW bessere Behandlungsmöglichkeiten für alkoholranke Mütter. „Es gibt viel zu wenig Kliniken, die alkoholranke Schwangere mit ihren Kindern gemeinsam aufnehmen, hier müssen in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt Angebote entstehen“, betont Romberg.

„Ein Glas Alkohol ist für Schwangere schon zuviel“, sagt der FDP-Gesundheitsexperte. Schon wenig Alkohol kann zu Schädigungen, etwa Minderwuchs, führen. Täglicher oder häufiger und starker Alkoholkonsum erhöhen das Risiko von Behinderungen erheblich. Deshalb ist laut Romberg jeder Einzelne gefragt: „Niemand sollte wegschauen, wenn eine Schwangere sich betrinkt.“ ■

Klaus Matthiesen: Sozialdemokrat – Landtagsabgeordneter – Fraktionsvorsitzender – Landesminister



Die SPD-Landtagsfraktion hat am 9. Dezember 2008 anlässlich des 10. Todestages von Klaus Matthiesen eine Gedenkveranstaltung zu Ehren des langjährigen NRW-Umweltministers und SPD-Fraktionsvorsitzenden veranstaltet. Rund 200 Gäste trafen sich im Düsseldorfer Landtag und zeigten, dass Klaus Matthiesen nicht vergessen ist und die Er-

gebnisse seiner Politik noch immer nachwirken. SPD-Fraktionschefin Hannelore Kraft stellte in ihrer Begrüßung fest, dass auch nach einem Jahrzehnt sich die Mitstreiter, Freunde und politischen Kontrahenten immer noch voller Bewunderung und Respekt an den Politiker und Menschen Klaus Matthiesen erinnern. Edgar Moron, Vizepräsident des Landtags, würdigte in seiner Gedenkrede die herausragende Persönlichkeit und zeigte den nicht einfachen Weg von Klaus Matthiesen auf, der 1941 in Schleswig-Holstein geboren wurde und in einer kinderreichen Familie aufwuchs: „Ihm ist nichts in den Schoß gefallen: Sein Lebensweg war ein steter Kampf, um aufzusteigen.“

Matthiesen, der 1962 in die SPD eingetreten war, wurde bereits mit 32 Jahren Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein. Danach war er zweimal Spitzenkan-

didat der SPD. Bei der Landtagswahl 1979 unterlag er nur ganz knapp Gerhard Stoltenberg. 1983 holte Ministerpräsident Johannes Rau den kantigen Klaus Matthiesen nach Nordrhein-Westfalen ins Landeskabinett. Er erarbeitete sich schnell Anerkennung. Klaus Matthiesen war ein populärer Landwirtschafts- und Umweltminister. Eckpfeiler seiner Politik war die ökologische und ökonomische Erneuerung Nordrhein-Westfalens. Dabei hat er insbesondere im Umweltschutz Fundamente gelegt, die heute noch Grundlage der Politik sind. Nach der Landtagswahl 1995 wählten die SPD-Landtagsabgeordneten Klaus Matthiesen zu ihrem Fraktionsvorsitzenden. 1998 wechselte der „Parlamentarier mit Leib und Seele“ in die Wirtschaft; auch in seiner neuen Wirkungsstätte hatte er sich viel vorgenommen: Klaus Matthiesen wollte stets Dinge anstoßen, etwas voranbringen. Daher kam sein plötzlicher Tod am 9. Dezember 1998 für alle überraschend. Wir werden ihm ein ehrendes Gedächtnis bewahren. ■



Es weihnachtet sehr ...

auch in der Grünen Fraktion. Zusammen mit der Fraktionsvorsitzenden Sylvia Löhrmann (stehend, Dritte von links) und der kinderpolitischen Sprecherin Andrea Asch aus Köln (Bildmitte) schmückten die Kinder der 3/4 d Pinguinklasse der Regenbogenschule in Köln-Dellbrück den Weihnachtsbaum vor dem Fraktionssaal. Wunder schön erstrahlt der Baum jetzt mit dem selbst gebastelten Weihnachtsschmuck der Kinder. Besonders die gestanzten Vögel haben es den beiden Abgeordneten angetan. Zur Belohnung gab es traditionell Nüsse, Obst und kleine Nikolauspräsente.

„Wir freuen uns, wenn Kinder den Landtag beleben und selbst etwas Politikluft schnuppern können“, sagt dazu Andrea Asch. Und Sylvia Löhrmann meint: „Von den Grundschulen können wir viel lernen. Wie gut den Kindern das gemeinsame Lernen tut, zeigt das gute Abschneiden in der aktuellen IGLU-Studie. Dafür sind die Kölner Kinder ein quicklebender Beweis: Sie sind sehr kreativ und fühlen sich offensichtlich sawohl.“ ■





Nicht nur theoretisch, auch an praktischen Beispielen ließen sich die Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses bei der Landesgartenschau in Riedberg aktuelle Entwicklungen im Gartenbau erläutern. Foto: Wiefel

„Die größte Gartenbauregion Europas schaffen“

Gespräch mit Vertretern der Gartenbauverbände

In einem ausführlichen Gespräch informierte sich der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unter Vorsitz von Marie-Luise Fasse (CDU) anlässlich der Landesgartenschau in Riedberg über die Lage in den Gartenbauunternehmen aus NRW in den Jahren 2007 und 2008. Vierzehn Themen standen auf der Tagesordnung; Landtag Intern hat die interessantesten ausgewählt.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Zur wirtschaftlichen Lage und den Auswirkungen der Energiesituation erklärte Heinz Herker (Landesverband Gartenbau Westfalen-Lippe), die Lage sei im Allgemeinen stabil. Ein Boom sei im Privatgartenbereich wie auch in den Baumschulen zu verzeichnen. Probleme verursachen die deutlich gestiegenen Kosten für die Energieversorgung, die der Gartenbau nicht an seine Endkunden weitergeben könne. Sorgen machte ebenfalls, so Dr. Karl Schürmann (Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau NRW), die zurückhaltende Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Mit Blick auf die Ausbildung erläuterte er, dass 2007 rund 12 Prozent mehr Nachwuchskräfte ausgebildet worden seien (3.300 bei 16.000 Beschäftigten insgesamt).

GARTENBAUPARKS IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Das Thema „Gartenbaupark“, also die Nutzung größerer Flächen für den Gartenbau, wurde im Ausschuss intensiv behandelt. Svenja Schulze (SPD) zeigte sich skeptisch hinsichtlich einer

Konzentration vieler Gartenbaubetriebe auf eine Region; lokale Klimaereignisse (Starkregen, Hagel) könnten großen Schaden anrichten. Johannes Rimmel (Grüne) hakte nach, ob denn durch Gartenbauparks landwirtschaftliche Flächen durch Bodenversiegelung verloren gingen. Heinrich Hiep (Landesverband Gartenbau Rheinland) antwortete, ein Unterglasbetrieb, der im geschlossenen System produziere, bedeute zwar einerseits eine Versiegelung, andererseits aber eine verminderte Belastung des Bodens. Auf Frage von Karl Kress (CDU) ging Hiep ebenfalls auf die Wettbewerbssituation ein. Deutlich sprach er sich für eine Öffnung der Grenzen dergestalt aus, dass die Region Rheinland/Limburg/Brabant die größte Gartenbauregion Europas werde. Damit sich aber die Gartenbaubetriebe aus NRW nicht vorschreiben lassen müssten, wie ein „Greenpark“ auszusehen habe, wolle man in einer eigenen Studie die Ansiedlung, Gestaltung, ökologische Auswirkung, Energienutzung etc. eines solchen Parks untersuchen lassen. Ebenso wie Hiep unterstrich auch Günther Bayer (Landesverband Gartenbau Rheinland), dass es notwendig sei, eine Infrastruktur zu schaffen, die für die veränderten Anforderungen an die Gartenbaubetriebe notwendig sei.

GEMÜSEANBAU

Auf verstärkte Probleme bei der Erntehilfe machte Christoph Nagelschmitz (Provinzialverband Rheinischer Obst- und Gemüsebauer) aufmerksam. So blieben diesmal insbesondere polnische Arbeitskräfte (aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs der eigenen Wirtschaft) fern. Außerdem wanderten gute Arbeiter ab, da sie in anderen Ländern ganzjährig arbeiten könnten (in Deutschland: vier Monate). Der Ersatz der polnischen Erntehelfer durch Kräfte aus Rumänien und Bulgarien funktioniere nur bedingt. Deshalb verlange man, eine weitere außereuropäische Vermittlung (Moldawien, Weißrussland) zu ermöglichen. Mit Blick auf Direktvermarktung forderte Heinz Herker (Landesverband Gartenbau Westfalen-Lippe) Initiativen zur weiteren Qualitätsverbesserung wie auch zur Zusammenarbeit zum Beispiel von günstig gelegenen Gärtnereien und familiärem Obst- und Gemüseanbau.

NOVELLIERUNG DER DÜNGEMITTELVERORDNUNG

Günther Bayer (Landesverband Gartenbau Rheinland) erläuterte, man lehne die Verordnung nicht grundsätzlich ab, weise aber darauf hin, dass sie Bestimmungen enthalte, die zum Beispiel für den Zierpflanzenanbau (der vorrangig in Töpfen oder Containern kultiviere), zum Teil nicht umsetzbar seien oder unnötigen Aufwand bedeuteten. Landwirtschaftsstaatssekretär Dr. Alexander Schink antwortete, man werde sich für bestimmte Ausnahmeregelungen sowie eine Anhebung der Schwellenwerte einsetzen. Beim Einsatz tierischer Stoffe reiche aus Sicht des Ministeriums die entsprechende europäische Verordnung aus.

GARTENSCHAUEN

Karl Schürmann bedankte sich bei den Abgeordneten für ihre Zustimmung, dass weiterhin Gartenschauen stattfänden. Gemäß dem bewährten Dreijahresrhythmus plane man 2010 eine Schau in Hemer und 2014 in Zülpich. Heinrich Hiep fügte den Hinweis auf die Weltgartenbauausstellung („Floriade“) in Venlo im Jahr 2012 hinzu, an der sich NRW als Gartenbauland Nummer eins in Deutschland beteiligen könne. Er appellierte an Ausschuss und Landesregierung, dieses Projekt zu unterstützen. Laut Heinz Herker hat Deutschland erst 2017 wieder die Chance, selbst eine internationale Gartenschau durchzuführen. CW

Porträt: Marie-Luise Fasse (CDU)



Wenn ihr keine Verantwortung übernimmt, dann könnt ihr auch nicht meckern.“ Wenn Marie-Luise Fasse im persönlichen Gespräch Kritik an der Politik zu hören bekommt, erinnert sie ihr Gegenüber stets mit diesem Argument daran, dass Eigenengagement der Schlüssel zu aller Veränderung ist. Dass diese Überzeugung tief in ihr verankert ist, dafür hat das Drehbuch ihres eigenen Lebens schon in frühen Jahren gesorgt. Als älteste von sieben Töchtern stand die 22-Jährige nach dem frühen Tod von Vater und Mutter Anfang der 70er-Jahre plötzlich alleine mit sechs jüngeren Geschwistern da, denen sie von heute auf morgen Schwester, Mutter und Vater gleichzeitig sein musste. „Das schult natürlich fürs Leben, da muss man Organisieren lernen“, blickt die heute 60-Jährige auf die Jahre zurück, in denen sie neben ihrer Ausbildung zur Energieberaterin nicht nur den Haushalt „schmeißen“, sondern abends und nachts auch noch die Hausaufgaben ihrer jüngeren Schwestern kontrollieren musste.

Doch schon vor dem Tod der Eltern hatte die junge Frau die erste große Veränderung ihres Lebens hinter sich, als die Familie Anfang der 60er-Jahre aus der ländlichen Idylle Dülmens in das stark vom Bergbau geprägte Hamborn zog. Statt Schlittschuhfahren im Herzoglichen Park, Reiten auf Wildpferden und Mädchen-Lyzeum mit Unterricht durch Nonnen war für die 14-Jährige jetzt Großstadtmilieu mit dem seinerzeit unvermeidlichen Kohlenstaub auf den Fensterbänken und häufig verrußten Bettlaken auf der Wäscheleine angesagt, ein „Kulturchock“ für ein behütetes junges Mädchen vom Lande. Erleichtert wurde die Eingewöhnung allerdings durch das Mitmachen bei den Pfadfindern, wo das vertraute katholische Milieu die Integration in die ungewohnte Umgebung

entscheidend erleichterte. Bedingt durch das familiäre Schicksal lag ein Parteieintritt zwar zu diesem Zeitpunkt noch fern, doch eine enge Beziehung zur CDU hatte Marie-Luise Fasse quasi von Geburt an. Ihr Vater, ein Studienfreund von Jesuitenpater Johannes Leppich, war Mitbegründer der Dülmener CDU. Und da die Mutter mit den jüngeren Kindern mehr oder weniger an das Haus gebunden war, durfte die kleine Marie-Luise als Älteste den Vater schon als Kind bei seinen politischen Aktivitäten begleiten und bekam dadurch Konrad Adenauer oder Franz Josef Strauß bereits früh bei Wahlkämpfen live mit. Selbst in die Partei trat Marie-Luise Fasse allerdings erst 1982 ein, als die Erziehung ihrer Schwestern abgeschlossen und auch der eigene Sohn aus dem Gröbsten raus war.

Über den Ortsverband Budberg/Rheinberg im Kreis Wesel, wo sie nach ihrer Hochzeit 1974 ein neues Zuhause fand, arbeitete sich die Politikerin über Stadt und Kreis sehr zielstrebig nach oben. Als der Wahlkreis durch Tod vakant wurde, nutzte sie die Chance und zog 1995 das erste Mal über die Reserveliste in den Landtag ein. Zu diesem Zeitpunkt hatte die seinerzeit 47-Jährige bereits eine nach eigenen Worten „ganz starke Truppe vor Ort“ aufgebaut. „Wir sind der erste Kreisverband gewesen, der in allen Führungsfunktionen Frauen hatte“, blickt sie noch heute stolz darauf zurück, dass ihr Kampf für mehr Frauen in der Politik und ihr Engagement für die Quote in der CDU auch Früchte trug. Doch auch ihr heutiges Schwerpunktthema „Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“, das sie als Vorsitzende des Umweltausschusses in herausgehobener Weise repräsentiert, war bereits früh durch ihre neue niederrheinische Heimat angelegt.

Die Nähe zu den zentralen ARA-Nordseehäfen (Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam) und das Ende der Bergbauära in Pattberg, Niederberg, Walsum und demnächst Kamp-Lintfort seien für sie immer ein Anliegen gewesen, die Themen Umwelt, Landwirtschaft und Industrie eng miteinander zu vernetzen, betont Fasse. Und angesichts des Strukturwandels neue Chancen zu suchen: Direktvermarktung heimischer Produkte, Förderung von Bauerncafés oder die einzigartige Kulturlandschaft mit Xanten als Anziehungspunkt für den Tourismus zu erschließen. Im Zusammenhang mit den umweltpolitischen Anliegen steht auch Fasses Engagement in der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. Zwar ist Marie-Luise Fasse längst zur festen Größe in der CDU-Landespolitik geworden, hat ihre Bodenhaftung, Familie, Kirchenchor, Politik vor Ort nie verloren: „Hier bin ich nichts Besonderes, sondern einfach nur die Marie-Luise aus Budberg“, sagt sie über ihre liebste Rolle.

Michael Fritsch

Kirche und Landtag

Wussten Sie's? Zu jedem donnerstäglichen Landtagsplenum – außerhalb der Parlamentsferien etwa alle zwei, drei Wochen – findet im Landtag eine ökumenische Andacht statt, abwechselnd gehalten von den beiden Leitern des Evangelischen bzw. des Katholischen Büros. Eine Stunde vor Beginn der Plenarsitzung haben die Abgeordneten und natürlich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, daran teilzunehmen. Prälat Dr. Karl-Heinz Vogt von der katholischen Kirche und Kirchenrat Rolf Krebs, sein evangelischer Kollege, bieten auch Gottesdienste bei besonderen Anlässen an und stehen darüber hinaus den Abgeordneten seelsorglich zur Seite.

VERMITTELN UND BERATEN

Gleichzeitig sind die Leiter des Katholischen und des Evangelischen Büros die Schnittstellen zwischen Kirche und Politik in Nordrhein-Westfalen. Sie tragen die Einschätzung ihrer Kirche in den Landtag und vermitteln umgekehrt die Sicht der Politik in ihre Kirche, informieren über die zur Beratung und zur Beschlussfassung im Land anstehenden Gesetze und über sonstige wesentliche politische Vorhaben. Als Experten werden sie zu Anhörungen hinzugezogen, die sich schwerpunktmäßig mit Themen aus den Bereichen Bildung, Jugend und Soziales befassen, aber nicht darauf beschränkt sind. Sie erläutern dabei die Sicht der Kirchen. Das Katholische Büro in Düsseldorf feierte jüngst sein 50-jähriges Bestehen – ein Jubiläum, das die entsprechenden Büros in den anderen Bundesländern noch vor sich haben. Das Evangelische Büro folgt im Oktober 2011.

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Redaktionelle Mitarbeit: D. Dietsch (dd), S. Wuwer (sw)
Tel. (0211) 884-2545 (cw), -2304 (sow), -2309 (bs), -2137 (sw)
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Rimmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 17. Dezember 2008 bis 27. Januar 2009

18.12. Sichau, Frank (SPD)	61
18.12. Brockes, Dietmar (FDP)	38
20.12. Gottschlich, Margret (SPD)	60
20.12. Grunendahl, Wilfried (CDU)	56
22.12. Wilp, Josef (CDU)	70
23.12. Sahnen, Heinz (CDU)	62
30.12. Keymis, Oliver (Grüne)	48
1.1. Nell-Paul, Claudia (SPD)	55
1.1. Töns, Markus (SPD)	45
4.1. Kleff, Hubert (CDU)	61
5.1. Hammelrath, Helene (SPD)	59
6.1. Garbrecht, Günter (SPD)	59
7.1. Schmelzter, Rainer (SPD)	48
7.1. Lindner, Christian (FDP)	30
8.1. Schulte, Hubert (CDU)	64
10.1. Lehne, Olaf (CDU)	47
10.1. Hovenjürgen, Josef (CDU)	46
13.1. Klein, Volkmar (CDU)	49
18.1. Engel, Horst (FDP)	62
19.1. Veldhues, Elisabeth (SPD)	60
23.1. Hendricks, Renate Maria (SPD)	57
24.1. Steffens, Barbara (Grüne)	47
24.1. Jörg, Wolfgang (SPD)	46

Ehemalige Abgeordnete*

20.12. Hellwig, Helmut (SPD)	75
25.12. Wirtz, Heinz (SPD)	65
9.1. Angenfort, Josef (KPD)	85
16.1. Linkner, Werner (SPD)	80
17.1. Dr. Bergmann, Fritz (SPD)	80
27.1. Meinecke, Hans-Peter (SPD)	65

* besondere Geburtstage ab 65

Meldung

Zum 31. Dezember 2008 legt der SPD-Abgeordnete und ehemalige Arbeitsminister **Harald Schartau** nach dreieinhalb Jahren sein Landtagsmandat nieder. **Peter Weckmann** (SPD) aus Essen wird für ihn ins Parlament nachrücken. Schartau hat die Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe geleitet. Diese Aufgabe übernimmt künftig der Vorsitzende des Kulturausschusses, **Dr. Fritz Behrens** (SPD).

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 18. Dezember 2008 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Verbringen Sie die Weihnachtstage auch in so festlicher Atmosphäre, wie sie derzeit im Landtag herrscht? Alle vier Fraktionen freuen sich über einen eigenen, individuell dekorierten Weihnachtsbaum. Die große Tanne in der Bürgerhalle haben auf Einladung von Landtagsvizepräsident Edgar Moron Schülerinnen und Schüler der Förderschulen Don Bosco (Erfstadt) und Peter Petersen (Bergheim) geschmückt.

Im Namen des gesamten Landtags und der Redaktion von Landtag Intern wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest voller Licht, friedvolle Tage um den Jahreswechsel und natürlich auch ein glückliches neues Jahr 2009.

Regina van Dinker

Regina van Dinker, Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen

Foto: Schälte